

**Rede  
des Fraktionssprechers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

**Stefan Klein, MdL**

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Grüne Welle auch für Diesel – Smarte Verkehrskonzepte statt Verbote**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/395

während der Plenarsitzung vom 27.02.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Bode, Ihr Thema für die Aktuelle Stunde ist primär erst einmal die grüne Welle. So habe ich es zumindest wahrgenommen. Diesen Ansatz teilen wir. Das ist ein guter Ansatz, gar keine Frage. Ich hätte mir gestern am Maschsee, als ich nach Hause gefahren bin, auch gewünscht, ich hätte eine grüne Welle gehabt. Das hat aber nicht ganz funktioniert.

Es gibt sicherlich auch technische Gründe, die dagegen sprechen, es überall umzusetzen. Aber grundsätzlich sage ich Ja zur grünen Welle, weil sie positive Effekte hat, die wir auch nutzen könnten. Herr Schulz-Hendel hat ein paar Dinge angesprochen, die ich auch nennen wollte: Menschen kommen schneller an ihre Arbeitsplätze, die Lieferverkehre können schneller ausliefern, die Fahrpläne können eingehalten werden. Es ist gar keine Frage, die Umwelt profitiert von grünen Wellen durch das gleichmäßige Fahren.

Aber der Verkehr ist nun einmal gerade im Innenstadtbereich ein komplexes System, und nicht alle Verkehrsteilnehmer profitieren von grünen Wellen. Das muss man deutlich sagen. Vermutlich wird die digitale Entwicklung auch einiges im Rahmen der Verkehrssteuerung bewirken können, um den Verkehrsfluss deutlich zu verbessern und damit auch einiges für die Umwelt zu tun.

Aber im Kern geht es Ihnen, glaube ich, weniger um die grüne Welle, sondern mehr um das Thema der drohenden Fahrverbote.

Aber es ist nur ein Ansatz, alternative Möglichkeiten zu finden, um Fahrverbote zu verhindern. Generell sagen wir: Wir halten herzlich wenig von Fahrverboten. Das kann ich hier ganz deutlich sagen. Das ist, glaube ich, auch kein Geheimnis mehr. Wir hätten gern alternative Möglichkeiten, um die Grenzwerte einzuhalten, und propagieren dies auch. Es ist bereits angesprochen worden, dass die Grenzwerte im Mittel nur in wenigen Städten überschritten werden. Die aktuellen Zahlen für 2017, die vom Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim vorgelegt worden sind, zeigen, dass die Dramatik bei uns nicht so groß ist wie in anderen Bundesländern, aber

sie ist gegeben. Das heißt, wir müssen versuchen, diese Grenzwerte so einzuhalten, dass der Mensch nicht nachhaltig geschädigt wird. Es kann also nicht nur das Ziel sein, unter 40 µg/m<sup>3</sup> zu kommen, sondern Ziel muss sein, möglichst noch weiter zu reduzieren.

Dabei gibt es verschiedene Ansätze, die wir deutlichst vor Fahrverbote setzen. Ich möchte einige beispielhaft nennen. Sicherlich ist die Erneuerung der Fahrzeugflotte im ÖPNV ein geeigneter Schritt, um Abgase zu reduzieren. Wir haben das in den letzten fünf Jahren durch die Wiedereinführung der Busförderung gemacht. Dadurch sind einige Effekte erzielt worden, wie es an den Zahlen ablesbar ist. Sicherlich ist es auch sinnvoll, die stärkere Nutzung von alternativen Antrieben zu fördern. Elektro- und Wasserstoffmobilität seien hier genannt. Eine bessere Verkehrslenkung und Verkehrssteuerung spielen in der Zukunft sicherlich auch eine deutlich größere Rolle. Die Vernetzung der Ampelanlagen untereinander, aber auch mit dem fließenden Verkehr muss deutlich stärker vorangebracht werden, um den gleichmäßigen Verkehrsfluss zu stärken. Ferner gibt es natürlich die technische Nachrüstung von Altfahrzeugen, soweit sie technisch machbar und schnell umzusetzen ist. Ich glaube, dabei wird manchmal ein wenig an der Realität vorbei diskutiert. Es ist eben nicht so, dass man unproblematisch von heute auf morgen nachrüsten kann. Das erfordert einen gewissen Vorlauf. Wir brauchen eine schnelle Lösung, um die Werte zu reduzieren und die Grenzwerte einzuhalten.

Der Ausbau der Radinfrastruktur ist sicherlich auch ein wesentlicher Punkt. Der Radverkehr ist nun einmal der emissionsärmste Verkehr auf unseren Straßen. Deshalb ist es gut, dass wir in den letzten Jahren gemeinsam mit der Regierung die Mittel für den Radwegebau und die Radschnellwege deutlich erhöht haben. Die Stärkung des ÖPNV, sowohl schienen- als auch straßengebunden, müssen wir noch deutlich stärker propagieren, um den Umstieg vom Auto auf den Nahverkehr zu erreichen. Die Reaktivierungsmaßnahmen in den letzten fünf Jahren waren richtig und werden von der jetzigen Landesregierung auch fortgeführt. Das ist der richtige Schritt. Auch die höhere Bezuschussung der Regionalisierungsmittel für die Aufgabenträger ist sicherlich ein guter Schritt gewesen, um die Taktung zu verbessern und den Umstieg zu erleichtern.

Ich möchte hier keinen Exkurs zur Debatte um kostenlosen Nahverkehr aufrollen. Aber ich glaube, dass die Mittel, die momentan von der Bundesregierung gehandelt werden, bei Weitem nicht ausreichen werden, um den Umstieg zu erreichen. Das muss ja das Ziel sein. Daher ist das eine gute Idee, aber in der Praxis schwer umsetzbar.

Abschließend teilen wir die Auffassung, dass Fahrverbote möglichst zu vermeiden sind, auch wenn heute ein Urteil fällt, das vielleicht in diese Richtung geht. Noch kann man das ja schlecht sagen. Aber unsere Maßnahmen in der Vergangenheit und die Maßnahmen, die diese Regierung in den nächsten fünf Jahren auf den Weg bringen wird, werden zu einer deutlichen Verbesserung führen. Daher können wir uns in der Hoffnung, Fahrverbote zu vermeiden, auch in dieser Richtung bewegen.

Abschließend zur FDP: Lieber Herr Bode, hätten Sie früher Maßnahmen im Land eingeleitet, dann hätten wir diese Problematik in diesem Bundesland vermutlich heute nicht.

Vielen Dank.